

**Projektland: Venezuela****Quartal/Jahr: Januar bis März 2010****Schlagzeilen:**

- **Venezolanische Regierung soll Mordplan gegen Uribe unterstützt haben**
- **Chávez hat die oppositionellen Medien im Visier**
- **Wirtschaftliche Entwicklung: Verstaatlichungen, Währungsabwertung und Energiekrise**

Venezolanische Regierung soll Mordplan gegen Uribe unterstützt haben

Zwischen Spanien und Venezuela ist ein diplomatischer Streit über einen internationalen Haftbefehl des Obersten Gerichts in Madrid entbrannt. Darin wirft die spanische Justiz der venezolanischen Regierung vor, die baskische Separatistengruppe ETA und die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens FARC zu unterstützen.

Laut den Ermittlern planten die FARC-Rebellen mit Hilfe der ETA, kolumbianische Persönlichkeiten auf spanischem Boden zu ermorden. Die Terroristen sollen insbesondere Kolumbiens Staatschef Álvaro Uribe im Visier gehabt haben. ETA und FARC hätten bei der Planung der Attentate mit der Regierung in Caracas „zusammengearbeitet“, erklärte der spanische Untersuchungsrichter Eloy Velasco Núñez in Madrid.

Velasco erhob nun Anklage gegen sechs mutmaßliche Mitglieder der ETA und sieben mutmaßliche Mitglieder der FARC. Sie befinden sich alle auf der Flucht und leben spanischen Medienberichten zufolge unter anderem in Venezuela. Velasco forderte die venezolanische Regierung dazu auf, die Auslieferung der Angeklagten in die Wege zu leiten.

Chávez hat die oppositionellen Medien im Visier

In Venezuela sind der oppositionelle Fernsehsender Radio Caracas Televisión Internacional (RCTV Internacional) sowie fünf weitere Sender (Ritmo Son, Momentum, América TV, American Network y TV Chile) nicht mehr zu empfangen. Die Kabelnetzbetreiber hätten die Sender ohne Vorwarnung aus dem Programm genommen, sagte RCTV-Sprecherin Gladys Zapiain. Die fünf Sender gehen davon aus, dass sie abgeschaltet wurden, weil sie sich einer Anordnung der Regierung widersetzen. Alle nationalen Sender sind nämlich gesetzlich dazu verpflichtet, die langen Reden des Präsidenten live zu übertragen, sofern er es fordert. RCTV Internacional beispielsweise weigerte sich nun schon zum zweiten Mal, diesem Verlangen zu entsprechen. Die USA kritisierten die Schließung der Sender. „Immer wenn ein unabhängiger Sender geschlossen wird, ist dies besorgniserregend“, erklärte US-Außenamtssprecher Philip Crowley.

Zudem wurde der Chef des regierungskritischen Fernsehsenders Globovisión, Guillermo Zuloaga, vorübergehend festgenommen. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft ihm vor, falsche Informationen verbreitet und Staatschef Hugo Chávez verleumdet und beleidigt zu haben. Zuloaga drohen bis zu fünf Jahren Gefängnis.

Und ausgerechnet mit Berufung auf die deutsche Regierungschefin fordert Chávez eine stärkere Kontrolle des Internets. Es könne nicht sein, dass im Internet alles gesagt werden dürfe, kritisierte Chávez. „Jedes Land muss seine eigenen Regeln und Normen anwenden.“ Ähnlich habe sich jüngst auch Bundeskanzlerin Angela Merkel geäußert.¹ Internet-Seiten wie Twitter und Facebook werden von venezolanischen Oppositionsgruppen gerne zur Organisation von Protesten gegen die Regierung genutzt. Viele Chávez-Gegner befürchten nun, dass der Staatschef das Internet zensieren will.

In der Hauptstadt Caracas und in anderen Städten des Landes kam es wegen der Schließung der sechs oben genannten Fernsehsender zu spontanen Demonstrationen, insbesondere seitens der Studentenschaft. Die Protestkundgebungen wurden von der Polizei gewalttätig niedergeschlagen. Einige Demonstranten wurden durch Tränengas und/oder Gummigeschosse verletzt und mussten in Krankenhäuser eingeliefert werden. In der Stadt Mérida wurden ein Oppositioneller und ein Regierungsanhänger von bislang Unbekannten erschossen. Bei den Getöteten handelt es sich um den 28-jährigen Studenten Marcos Rosales und den 15-jährigen Schüler Yosinio Carrillo Torres.

Der paraguayische Außenminister, Héctor Lacognata, bezeichnete die Entscheidung der venezolanischen Regierung, die sechs Fernsehsender abzuschalten, als erbärmlich. Ein Sprecher der französischen Regierung sagte, man erwarte von der venezolanischen Regierung, dass sie ihre Entscheidung rückgängig mache. Der Generalsekretär der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), José Miguel Insulza, bedauerte die Abschaltung der Sender und bot sich als Vermittler an.

Die Organisation Human Rights Watch beschuldigte Chávez, seit Jahren gegen oppositionelle Sender massiv vorzugehen, und verlangte von der venezolanischen Regierung, diese in Zukunft nicht mehr zur Übertragung von Ansprachen des Staatspräsidenten zu zwingen. Das Internationale Presse-Institut (IPI) in Wien verurteilte ebenfalls die Unterdrückung der freien Kommunikationsmedien in Venezuela.

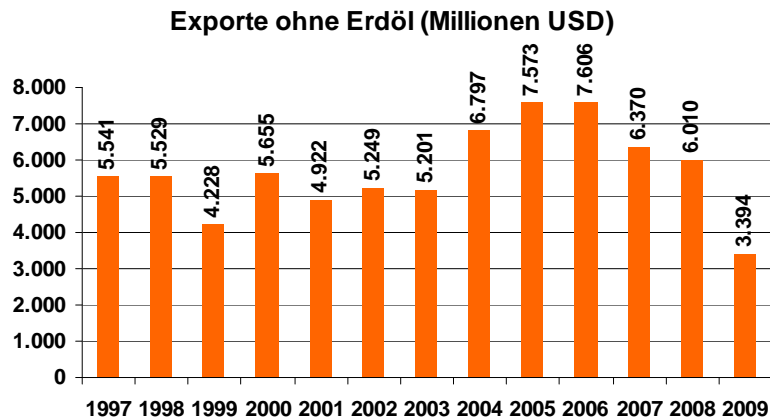
Überraschenderweise traten der venezolanische Vize-Präsident und Verteidigungsminister, Ramón Carrizalez, sowie die venezolanische Umweltministerin, Yubirí Ortega (Ehefrau von Ramón Carrizalez), von ihren Ämtern zurück. Es sei eine Entscheidung aus „rein persönlichen Gründen“ gewesen, Streit mit dem Präsidenten habe es nicht gegeben. In der venezolanischen Presse wird jedoch ein Zusammenhang zwischen den Rücktritten und der von Studentenprotesten begleiteten Abschaltung der sechs Fernsehsender vermutet.

Wirtschaftliche Entwicklung: Verstaatlichungen, Währungsabwertung und Energiekrise

Auch in Venezuela ist der Sozialismus zum Scheitern verurteilt: Die venezolanische Bevölkerung leidet darunter, dass Chávez bei dem Versuch, das Land in einen sozialistischen Staat umzuwandeln, eine Mangelwirtschaft geschaffen hat.

¹ Merkel hatte im Februar vor den Risiken des Internets gewarnt und die Nutzer zur Zurückhaltung bei der Preisgabe persönlicher Daten aufgerufen.

Weil die venezolanische Wirtschaft immer weniger effizient produziert, sind die Importe stark gestiegen und die Exporte stark zurückgegangen. Ein gutes Beispiel ist hier die Entwicklung in der Landwirtschaft. Venezuela ist etwa drei Mal so groß wie Deutschland und verfügt über gute Böden. Chávez ließ 600 landwirtschaftliche Güter besetzen und verstaatlichte drei Millionen Hektar. Heute ist Venezuela abhängig von Lebensmittelimporten: Zwischen 1999, als Chávez an die Macht kam, und 2008 stiegen die Lebensmittelimporte von 1,3 Milliarden USD auf 7,5 Milliarden USD.



Quelle: El Universal, 03.03.10

Die venezolanische Regierung darf inzwischen so gut wie jedes Unternehmen verstaatlichen, sofern die Verstaatlichung von öffentlichem Interesse ist. Viele Unternehmen verlagern deshalb ihre Produktionsstätten ins Ausland und die ausländischen Direktinvestitionen tendieren gegen Null. Die letzte Enteignungswelle erfasste unter anderem den Lebensmittelkonzern Polar, dem Chávez ein Grundstück im Industrieviertel von Barquisimeto entzog, auf dem angeblich Sozialwohnungen gebaut werden sollen.

Auch viele Inhaber kleiner Geschäfte und Restaurants im Zentrum von Caracas traf das „öffentliche Interesse“. Chávez ordnete die Enteignung ihrer Gebäude an. Dadurch soll der historische Stadtkern geschützt werden, sagte Chávez. Es gebe einige Gebäude, die von geschichtlicher Bedeutung für Caracas und Venezuela seien, die sich aber in Privatbesitz befänden, darunter ein Haus, in dem der südamerikanische Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar gelebt habe. Es könne nicht sein, dass diese geschichtsträchtigen Gebäude von Händlern besetzt würden. „Das gehört allen Venezolanern, es ist ein historisches Zentrum, das wir retten müssen“, so Chávez.

Zudem wurden mehrere private Banken wegen „schwerer administrativer und betriebswirtschaftlicher Probleme“ unter Staatsaufsicht gestellt. Chávez kritisierte vor allem die zögerliche Haltung der Banken bei der Kreditvergabe. „Wenn die privaten Banker keine Kredite vergeben wollen, dann empfehle ich ihnen, sich eine andere Beschäftigung zu suchen“, erklärte Chávez. „Ihre Banken können sie mir geben.“

Erstmals seit 2005 wurde der Bolívar abgewertet. Zudem wurde ein duales Wechselkursystem eingeführt. Der offizielle Kurs wurde von bislang 2,15 Bolívars pro USD auf 4,6 Bolívars pro USD angehoben. Nur für Lebensmittel, Medikamente, Bücher, Industriemaschinen sowie für alle Bestellungen der Behörden und Geldsendungen aus dem Ausland wurde ein Kurs von 2,6 Bolívars pro USD festgelegt.

Unmittelbar vor der Abwertung des Bolívars stürmten die Venezolaner die Geschäfte, um einem starken Preisanstieg insbesondere bei importierten Elektro- und Telekommunikations-

geräten zuzukommen. Vor den Geschäften bildeten sich lange Menschenschlangen. Alle wollten noch schnell einen Kühlschrank, einen Fernseher oder eine Waschmaschine erwerben.

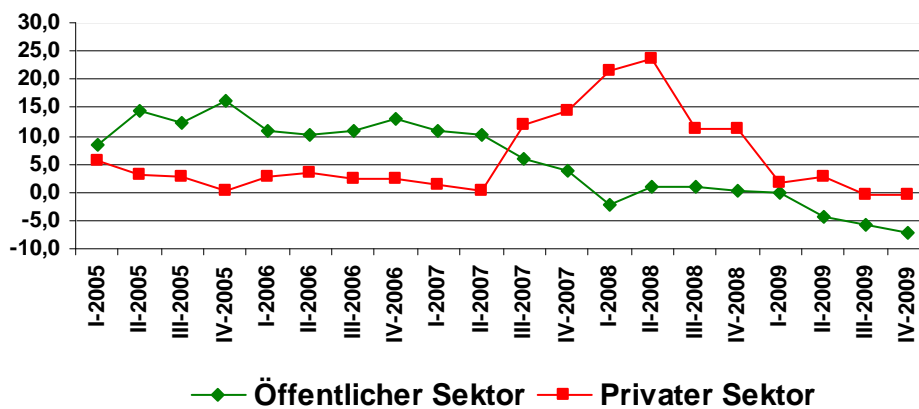
Mit der Abwertung des Bolívars verfolge man das Ziel, die Wirtschaft Venezuelas zu stärken, nicht notwendige Importe zu reduzieren und den Export zu fördern, sagte Chávez. „Venezolaner werden künftig mehr Produkte konsumieren, die von Venezolanern für Venezolaner hergestellt wurden.“ Chávez will sich mit der Abwertung des Bolívars vor den im September stattfindenden Parlamentswahlen mehr Einnahmen aus den Ölexporten verschaffen, um die Staatsausgaben aufblähen und so seine Anhänger bei der Stange halten zu können.

Die Opposition reagierte empört. Künftig müssten die Venezolaner für viele Produkte das Doppelte bezahlen, kritisierte der Oberbürgermeister von Caracas, Antonio Ledezma. Die Abwertung des Bolívars werde das Leben der Menschen verteuern und die heute schon hohe Inflation beschleunigen. Finanzminister Ali Rodríguez gestand ein, dass die Abwertung die Inflation weiter in die Höhe treiben werde: „Sicherlich wird die Maßnahme Auswirkungen auf die Preise haben.“

Chávez warnte die Händler davor, die Abwertung für exzessive Preissteigerungen zu missbrauchen. „Plünderern des Volkes“ drohe die Enteignung ihrer Läden. Zugleich rief er Militär und Polizei dazu auf, auf die Straßen zu gehen und die Preisstabilität zu kontrollieren. „Es gibt keinen Grund für irgendwelche Preisanhebungen“, sagte er. Mittlerweile wurde die Supermarktkette EXITO wegen Preisspekulationen verstaatlicht. EXITO gehörte mehrheitlich dem französischen Konzern Casino Guichard Perrachon und ist mit Filialen in verschiedenen Städten des Landes präsent. Das Sortiment der Supermarktkette reicht von Lebensmitteln bis hin zu Haushaltswaren.

Zurzeit durchlebt die venezolanische Wirtschaft eine Stagflation. Im Jahre 2009 registrierte Venezuela mit 25,1% die höchste Inflationsrate Südamerikas und sein Bruttoinlandsprodukt schrumpfte um 2,9%.

Wachstumsraten des öffentlichen und privaten Sektors der Wirtschaft (%)



Quelle: El Universal, 03.03.10

Für Unmut sorgen zudem die oft stundenlangen Stromsperren. Venezuela deckt seinen Strombedarf hauptsächlich mit Hilfe der Wasserkraft. Wegen der anhaltenden Dürre könnten die Wasserkraftwerke nicht so viel Strom erzeugen wie bisher, argumentiert Chávez. Der vor

drei Jahren verstaatlichte Stromsektor ist jedoch vor allem wegen fehlender Investitionen nicht mehr in der Lage, die Nachfrage zu decken.

Chávez rationiert den Strom im ganzen Land. Von den Stromsperren verschont blieb bisher nur Caracas. Der Strommangel lähmt die Wirtschaft. Die meisten Unternehmen, auch die staatlichen Stahl- und Aluminiumwerke, müssen inzwischen wegen fehlenden Stroms teilweise schließen und im öffentlichen Dienst wurde die tägliche Arbeitszeit reduziert. Anlässlich des Osterfestes gewährte Staatschef Chávez den Arbeitnehmern drei zusätzliche freie Tage. Es sei nicht seine Absicht, die Arbeiter zur „Faulheit“ zu motivieren, sondern einen Beitrag zum Energiesparen zu leisten, sagte Chávez.

Nun soll Atomstrom die Energiekrise lindern. Staatschef Chávez bekräftigte Pläne seiner Regierung zur Entwicklung eines zivilen Nuklearprogramms. Dies sei angesichts der derzeitigen Energiekrise Venezuelas notwendig, sagte Chávez. „Wir werden unsere Atomenergie entwickeln wie sie (die USA), Europa, Russland, China, Brasilien und Argentinien sie entwickelt haben.“

Chávez betonte, dass in den fünfziger Jahren ein Probereaktor in der Nähe von Caracas installiert worden sei. Eine Fortsetzung des Programms hätten die „Yankees“, also die USA, aber unterbunden. „Jetzt zum ersten Mal seit 100 Jahren gibt es (in Venezuela) eine souveräne Regierung und jetzt hat kein Yankee hier mehr etwas zu sagen. Yankee go home“, fügte Chávez hinzu, der zugleich Brasilien, Kuba und Argentinien für die Entsendung von Experten dankte, die bei der Überwindung der Energiekrise helfen sollen.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Prof. Dr. Klaus Georg Binder
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359
E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
Erstellt am: 10. April 2010